

Entwicklungsleitbild 2017–2026



Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Aargau

Regierungsgebäude

5001 Aarau

www.ag.ch

Grafik Titelbild

Alpha 245 AG

www.alpha245.ch

Druck

Druckerei AG Suhr

Klimaneutral gedruckt auf MultiArt Silk FSC®

Copyright

© 2017 Kanton Aargau

Für die Menschen im Aargau

Der Kanton Aargau bietet für die Menschen im Aargau eine hohe Lebens- und Wohnqualität. Die von ihm erfüllten Aufgaben tragen zur persönlichen und sozialen Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner bei und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Kanton sorgt für Qualität in der Bildung und für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, damit Industrie- und Gewerbebetriebe erfolgreich ihre Geschäftstätigkeiten ausüben können. Diese und zahlreiche weitere Leistungen und Angebote des Kantons werden aus den von den Menschen und Unternehmen im Aargau bezahlten Steuergeldern finanziert. Der Aargau ist nach wie vor ein attraktiver Kanton – und soll einer bleiben.

Der Kanton Aargau steht jedoch vor grossen strukturellen Herausforderungen, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt, um sich erfolgreich weiterentwickeln zu können. Die Staatsausgaben wachsen schneller als die Volkswirtschaft. Auf der einen Seite belasten das anhaltende Bevölkerungswachstum sowie Kostenentwicklungen in nur schwer beeinflussbaren Bereichen den Staatshaushalt. Auf der anderen Seite führen das teilweise schwierige wirtschaftliche Umfeld und der Strukturwandel in der Wirtschaft zu einem Rückgang bei den Steuereinnahmen.

Das Entwicklungsleitbild des Regierungsrats setzt sich über eine Zeitspanne von zehn Jahren mit den mittel- und längerfristigen Entwicklungsperspektiven des Kantons Aargau auseinander; es wird alle vier Jahre aktualisiert. Aufgrund der grossen finanz- und aufgabenpolitischen Herausforderungen verknüpft der Regierungsrat das neue Entwicklungsleitbild 2017–2026 mit einer finanziellen Langfristperspektive.

Der Kanton Aargau hat trotz der grossen finanz- und aufgabenpolitischen Herausforderungen gute Entwicklungsperspektiven. Im nationalen Vergleich verfügt er über ein grosses Reservoir an Fachkräften, eine moderate Steuerbelastung und eine hervorragende Anbindung an alle wichtigen Wirtschaftszentren. Und der Strukturwandel in der Wirtschaft infolge des technologischen Wandels und der Digitalisierung bietet dem Wirtschaftsstandort Aargau und seiner innovativen Wirtschaft bedeutende Wachstumschancen. Der Kanton Aargau ist gemessen an seiner Bevölkerung der viertgrösste Kanton und bezogen auf seine Wertschöpfung der fünftgrösste Kanton der Schweiz. Er ist ein Kanton mit breitem Mittelstand und starken Regionen. Der Aargau ist ein bedeutender Forschungs-, Industrie- und Energiekanton. Er ist auch ein Wasser-, Landwirtschafts- und Waldkanton. Von den Wohn- und Arbeitsorten sind naturnahe und ökologisch wertvolle Naherholungsgebiete rasch erreichbar.

Der Regierungsrat zeigt im aktualisierten Entwicklungsleitbild mit zehn Strategien auf, wie er die guten Entwicklungschancen des Kantons Aargau nutzen will. Die Strategien sollen den Ursachen des Ausgabenwachstums entgegenwirken und die Einnahmenseite stabilisieren. Gleichzeitig sollen die Stärken des Kantons Aargau fokussiert und die Aufgabenerfüllung modernisiert werden. Dazu braucht es die konstruktive Zusammenarbeit und das Verständnis aller Beteiligten. Für die Menschen im Aargau.

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS AARGAU

Aarau, im Mai 2017

Inhalt

| | |
|--|----|
| Umfeldentwicklungen | 4 |
| Handlungsmaximen | 7 |
| Strategien des Regierungsrats | 8 |
| 1. Den Staatshaushalt stabilisieren | 10 |
| 2. Wertschöpfung ermöglichen und Innovation fördern | 12 |
| 3. Den Herausforderungen des Arbeitsmarkts begegnen | 14 |
| 4. Sicherheit gewährleisten und Polizeipräsenz erhöhen | 15 |
| 5. Qualität und Effizienz der Bildung steigern | 16 |
| 6. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken | 18 |
| 7. Die Gesundheitsversorgung langfristig finanzierbar und bedarfsgerecht ausgestalten | 20 |
| 8. Lebensraum gestalten und Mobilität effizient bewältigen | 22 |
| 9. Die Energieversorgung langfristig sichern | 24 |
| 10. Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten | 26 |
| Finanzielle Langfristperspektive | 28 |

Umfeldentwicklungen

Starker Franken und instabile Weltwirtschaftslage

Der Kanton Aargau ist gemessen an der Wertschöpfung der fünftgrösste Wirtschaftskanton der Schweiz. Im Aargau arbeiten 350 000 Menschen in rund 35 000 Unternehmen. Wie alle anderen Kantone ist der Aargau eingebettet in die schweizerische, europäische und weltweite Wirtschaft. Die Verflechtungen sind komplex, aber sie sind letztlich die Grundlage unseres Wohlstands. Nach Aufhebung des Mindestkurses des Frankens gegenüber dem Euro im Januar 2015 hat sich der Franken aufgewertet. Davon profitieren die Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch viele Unternehmen, weil ausländische Produkte, Industrierohstoffe und Dienstleistungen billiger werden. Für Teile der Schweizer und Aargauer Wirtschaft geht diese Aufwertung jedoch mit grossen Herausforderungen einher. Die Aufwertung erhöht die Preise von Schweizer Produkten in Fremdwährung und schwächt dadurch die Wettbewerbsfähigkeit von exportorientierten Unternehmen. Betroffen ist unter anderem die im Kanton Aargau wichtige Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Die Weltwirtschaft hat sich zudem von den globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre noch nicht vollständig erholt und ist weiterhin durch eine hohe Volatilität und Instabilität gekennzeichnet.

Das teilweise schwierige wirtschaftliche Umfeld führt zusammen mit dem Strukturwandel in der Wirtschaft auch in den kommenden Jahren zu tieferen Margen- und Unternehmensgewinnen, was sich unmittelbar auf die Steuereinnahmen auswirkt.

Bevölkerungswachstum und Bevölkerungszusammensetzung

Der Kanton Aargau ist gemessen an der Einwohnerzahl der viertgrösste Kanton der Schweiz. Im Kanton Aargau leben mehr als 660 000 Menschen. Bis 2026 dürfte die aargauische Bevölkerung auf rund 740 000 Personen anwachsen. Dieses im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich starke Wachstum ist auf die Zuwanderung aus dem In- und Ausland und in geringerem Ausmass auf den Geburtenüberschuss zurückzuführen.

Das Bevölkerungswachstum führt zu höheren Schülerzahlen, zu mehr Spitalbehandlungen und zu zusätzlichem Verkehr. Der Personenverkehr auf den Strassen wird infolge des Bevölkerungswachstums und wachsender individueller Mobilitätsbedürfnisse in den nächsten zehn Jahren rund 10 Prozent zunehmen, der öffentliche Verkehr um rund 25 Prozent, jeweils gemessen in Personenkilometern.

Nicht nur die Einwohnerzahl, auch die Altersstruktur ändert sich. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung wird sich in den nächsten zehn Jahren von 17 Prozent auf mehr als 21 Prozent erhöhen. Dies hat zur Folge, dass ab 2026 nur noch drei Personen im Erwerbsalter für eine Person im Rentenalter aufkommen – heute sind es noch fast vier Personen.

Die Alterung der Bevölkerung stellt auch neue Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme und an die Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig sind die bis ins hohe

Alter aktiven und gesunden Seniorinnen und Senioren eine wichtige Zielgruppe der Wirtschaft, und sie engagieren sich überdurchschnittlich in der Freiwilligenarbeit.

Beim Ausländeranteil wird prognostiziert, dass er von heute rund 24 Prozent in den nächsten zehn Jahren auf 27 Prozent steigt. Die Integration der wachsenden ausländischen Bevölkerung bleibt weiterhin eine Herausforderung.

Technologischer Wandel und fortschreitende Globalisierung

Der Kanton Aargau ist ein bedeutender Forschungs-, Industrie- und Energiekanton. Er ist Standort des grössten schweizerischen Forschungsinstituts, des Paul Scherrer Instituts, sowie Standort weiterer renommierter privater und staatlicher Bildungs- und Forschungseinrichtungen wie des Forschungszentrums der ABB, der Fachhochschule Nordwestschweiz, des Zentrums für Demokratie oder des Forschungsinstituts für biologischen Landbau. Im Kanton Aargau ist zudem der Anteil der Beschäftigten in der Industrie im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Die Geschwindigkeit des technologischen Fortschritts und dessen Verbreitung nehmen weiter zu und beeinflussen die Wirtschaft und die Gesellschaft. Es dauerte Jahrzehnte, bis 1980 alle Haushalte in der Schweiz über einen Telefonapparat verfügten. Das Mobiltelefon hingegen verbreitete sich rasch, und innert weniger Jahre verzeichneten Soziale Medien eine Milliarde Nutzer weltweit.

Wissen und Innovation werden deshalb zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleis-

tungen. Der globale Wettbewerb um Forschungs- und Innovationsstandorte sowie um talentierte Fachkräfte wird sich weiter verschärfen. Der technische Wandel und die weitere Digitalisierung verändern die heutigen Berufsfelder, die Arbeitsweise und den gesamten Arbeitsmarkt. Wissen und die Fähigkeit, dieses anzuwenden, aber auch soziale Fähigkeiten werden immer wichtiger, ausführende Aufgaben dagegen verlieren an Bedeutung.

Wertewandel und gesellschaftliche Entwicklungen

Der Kanton Aargau ist ein mittelständischer Kanton. Die Einkommen und Vermögen sind im Vergleich zu anderen Kantonen ausgewogener auf die verschiedenen Gesellschaftsschichten verteilt. Der Aargau hat kein dominierendes urbanes Zentrum, jedoch starke Regionen, die für eine reichhaltige Vielfalt sorgen. Der wirtschaftliche Wohlstand, die Globalisierung und die Digitalisierung prägen aber auch im Kanton Aargau das Leben und die persönlichen Präferenzen und Interessen. So sinkt beispielsweise die Anzahl Personen pro Haushalt, und die Mehrheit der Aargauerinnen und Aargauer wohnt in Agglomerationen, also in Räumen mit städtischem Charakter.

Die Lebensentwürfe und Biografien richten sich verstärkt nach individuellen Bedürfnissen und orientieren sich an geografisch und gesellschaftlich ungebundenen Idealen und Möglichkeiten. Die Vielfalt an Werten kann aber auch überfordernd wirken und das Bedürfnis nach Orientierung stärken. Das unmittelbare familiäre oder persönliche Umfeld sowie die lokale Verankerung und Identität könnten an Bedeutung gewinnen.

Ressourcenverbrauch

Der Aargau ist auch ein Wasser-, Landwirtschafts- und Waldkanton. Er beherbergt mit dem Zusammenfluss von Aare, Reuss, Limmat und Rhein das Wasserschloss der Schweiz und ist geprägt von ökologisch wertvollen Auen- und Flusslandschaften. Fast die Hälfte der Kantonsfläche wird landwirtschaftlich genutzt und gut ein Drittel der Kantonsfläche ist bewaldet. Von den Wohn- und Arbeitsorten sind attraktive Naherholungsgebiete rasch erreichbar. Die verschiedenen Nutzungsansprüche an den vielfältigen Raum werden sich jedoch akzentuieren. Pro Tag wird im Aargau weiterhin die Fläche von rund einem Fussballfeld überbaut, während die landwirtschaftlich genutzte Fläche schrumpft. Die Artenvielfalt nimmt teilweise ab. Und bei der Luftqualität wird es zunehmend schwieriger, nennenswerte Verbesserungen zu erreichen, weil technische Fortschritte bei den Fahrzeugen durch die Zunahme der Verkehrsmenge teilweise kompensiert werden.

Funktionierende Ökosysteme bilden unsere natürlichen Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Deshalb gilt es die Artenvielfalt zu erhalten und die Qualität von Luft, Wasser und Boden sicherzustellen. Zu den Herausforderungen zählen auch der zunehmende Bodenverbrauch und der Klimawandel.

Handlungsmaximen

Entwicklung nachhaltig gestalten

Die Chancen und Herausforderungen der nahen Zukunft erfordern gemeinsame Anstrengungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Kräfte stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des Kantons zu leisten.

Der Regierungsrat orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung, welche die drei Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt gleichwertig berücksichtigen. Er achtet auf einen schonenden Umgang mit den finanziellen, gesellschaftlichen und ökologischen Ressourcen, er fördert die Wertschöpfung, die Innovation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und er gestaltet den Lebensraum Aargau.

Finanziellen Handlungsspielraum wiedererlangen

Der Zustand und die Perspektiven des öffentlichen Haushalts bestimmen die Handlungsmöglichkeiten heutiger und zukünftiger Generationen. Die Zuweisung der begrenzten finanziellen Mittel beeinflusst wiederum alle

kantonalen Aufgaben. Gesunde kantonale Finanzen sind deshalb eine Voraussetzung, um die kantonalen Aufgaben wahrzunehmen und künftige Herausforderungen meistern zu können. Angesichts der angespannten Finanzlage muss der finanzielle Handlungsspielraum für die Weiterentwicklung des Kantons wiedererlangt werden. Der Regierungsrat will den Finanzhaushalt des Kantons Aargau mit einem strukturellen Defizit von jährlich bis zu 250 Millionen Franken mit umfangreichen Reformen im Rahmen der laufenden Legislatur dauerhaft ausgleichen.

Chancen für Innovation nutzen

Die Erneuerungsfähigkeit des gemessen an der Bevölkerung viertgrössten Kantons der Schweiz basiert auf seiner Innovationskraft. Dies betrifft alle Bereiche aus Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Die Innovationsfähigkeit muss weiter gefördert werden. Aargauer Unternehmen müssen sich am Markt behaupten und sind auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen.

Strategien des Regierungsrats

Die zehn Strategien im Überblick

Aus den Erkenntnissen der Umfeldentwicklungen und den sich daraus ergebenden Chancen und Herausforderungen für den Kanton Aargau formuliert der Regierungsrat unter Berücksichtigung der Handlungsmaximen zehn Strategien. Er konzentriert sich dabei auf Strategien, welche massgebend

zur Erweiterung des Handlungsspielraums beitragen und eine positive Wirkung auf die Weiterentwicklung des Kantons haben. Die zehn Strategien sind jeweils in die Abschnitte Umfeldentwicklung und Ausgangslage (Warum?), politische Ausrichtung (Was?) und Stossrichtungen (Wie?) gegliedert. Die Strategien eins und zehn betreffen alle kantonalen Aufgabenfelder und sind als Querschnittsstrategien zu verstehen.

Strategien Entwicklungsleitbild 2017–2026

1. Den Staatshaushalt stabilisieren
2. Wertschöpfung ermöglichen und Innovation fördern
3. Den Herausforderungen des Arbeitsmarktes begegnen
4. Sicherheit gewährleisten und Polizeipräsenz erhöhen
5. Qualität und Effizienz der Bildung steigern
6. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
7. Die Gesundheitsversorgung langfristig finanzierbar und bedarfsgerecht ausgestalten
8. Lebensraum gestalten und Mobilität effizient bewältigen
9. Die Energieversorgung langfristig sichern
10. Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten

Finanzielle Langfristperspektive

Gemäss Kantonsverfassung ist der Finanzhaushalt auf die Dauer ausgeglichen zu führen. Aufgaben und Finanzen sind miteinander zu verknüpfen. Deshalb wird erstmals das an den staatlichen Aufgaben orientierte Entwicklungsleitbild um eine finanzielle Langfristperspektive ergänzt. Dazu wurde die Aufwand- und Ertragsentwicklung aufgrund von demografischen, volkswirtschaftlichen und aufgabenspezifischen Einflussfaktoren bis ins Jahr 2026 geschätzt.

Umsetzung der Strategien

Die Umsetzung der zehn Strategien erfolgt in der laufenden Legislatur in der Aufgaben- und Finanzplanung. Die Stossrichtungen der Strategien werden in Form von Entwicklungsschwerpunkten oder Zielen im Aufgaben- und Finanzplan abgebildet. Zu einzelnen Stossrichtungen werden soweit erforderlich separate Botschaften an den Grossen Rat überwiesen. Der Regierungsrat hat wichtige Stossrichtungen zur Stabilisierung des Finanzhaushalts in Form von einzelnen Reformvorhaben konkretisiert und im Projekt «Gesamtsicht Haushaltsanierung» zusammengefasst.

Der Kanton als Arbeitgeber

Die Strategien und Stossrichtungen können ohne kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung nicht umgesetzt werden. Als Arbeitgeber sind dem Regierungsrat deshalb Professionalität, Kundenorientierung und Zusammenarbeit wichtig. Der Arbeitgeber Kanton Aargau nutzt moderne Führungs- und Entwicklungsinstrumente sowie flexible Arbeitsformen und ist für heutige und zukünftige Mitarbeitende attraktiv.

1. Den Staatshaushalt stabilisieren

Umfeldentwicklung

Die globalisierte Wirtschaft hat sich von der Finanz- und Schuldenkrise der vergangenen Jahre noch nicht dauerhaft erholt. Einige Staaten Europas ringen nach wie vor um eine Lösung der Euro- und Schuldenkrise. Trotzdem bietet Europa, der wichtigste Handelspartner der Schweiz, ein relativ stabiles wirtschaftliches Umfeld.

Für die schweizerische und die aargauische Volkswirtschaft stellt der starke Franken eine grosse Herausforderung dar. Im Kanton Aargau entwickeln sich die Steuererträge der juristischen Personen weniger stark als erwartet. Zudem werden sich der interkantonale Steuerwettbewerb und der Standortwettbewerb in den kommenden Jahren verschärfen. Grund dafür ist der Wegfall von international nicht mehr tolerierten Steuerregimes der Schweiz. Der Kanton Aargau soll auch in Zukunft im Bereich der Unternehmensbesteuerung attraktiv bleiben.

Auf der Ausgabenseite verursachen das Bevölkerungswachstum und die alternde Bevölkerung insbesondere steigende Gesundheits-, Sozial-, Sicherheits- und Bildungsausgaben. Trotz diverser Programme zur Stabilisierung des aargauischen Staatshaushalts muss auch in Zukunft mit einem weiteren Ausgabenwachstum infolge der demografischen Entwicklung gerechnet werden. Nur mit einem konsolidierten Staatshaushalt kann neuer Handlungsspielraum geschaffen werden.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will den Staatshaushalt mittel- bis langfristig ausgeglichen führen und den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons sicherstellen.
- Dazu wirkt er der sich öffnenden Schere zwischen stagnierenden Steuereinnahmen einerseits und den wachsenden Ausgaben andererseits entgegen.

Stossrichtungen

- Zur Kostendämpfung und ausreichenden Finanzierung der staatlichen Aufgaben werden längerfristige Strategien erarbeitet. Dazu gehören eine finanzielle Langfristperspektive und die Sicherung der Erträge. Verschiedene in den zehn Strategien aufgeführte Stossrichtungen, welche zur Stabilisierung des Staatshaushalts beitragen, werden im Rahmen des Projekts «Gesamtsicht Haushaltsanierung» konkretisiert und umgesetzt.
- Die staatlichen Aufgaben werden noch stärker auf ihre Notwendigkeit überprüft. Sämtliche Leistungen haben sich strikte an den finanziellen Rahmenbedingungen auszurichten.
- Die Eigentümerstrategien zu den kantonalen Beteiligungen werden überarbeitet. Dies betrifft insbesondere die Aargauische Kantonalbank, die Energiebeteiligungen, die Spitalgesellschaften und die Transportbeteiligungen.
- Der Kanton Aargau setzt sich für eine faire Aufgaben- und Lastenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ein nach den Prinzipien der fiskalischen Äquivalenz und der Subsidiarität.
- Es wird Handlungsspielraum für notwendige Investitionen geschaffen, so dass diese nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden.

2. Wertschöpfung ermöglichen und Innovation fördern

Umfeldentwicklung

Der Kanton Aargau weist sehr gute Standort-eigenschaften auf. Fachkräfte sind verfügbar, die Steuerbelastung ist moderat, und die Erreichbarkeit der Wirtschaftszentren ist gut. Dennoch gelang es dem Kanton in den vergangenen Jahren nicht, seine Standortvorteile im interkantonalen Wettbewerb ausreichend zu nutzen. Das Wachstum ist im Aargau weiterhin stark über die Zunahme der Bevölkerung getrieben und führt nur beschränkt zu einer höheren Wertschöpfung pro Person.

Verschiedene äussere Einflüsse setzen den Standort Aargau zusätzlich unter Druck: Der starke Franken belastet die Wirtschaft und insbesondere die exportorientierte Industrie. Die fortschreitende Globalisierung und der technologische Wandel zwingen laufend zu Veränderungen und Innovationen. Dies beschleunigt den Wandel der Aargauer Wirtschaft, welche sich zunehmend in kleinen und hochspezialisierten Nischen behaupten muss.

In den wissensintensiven Bereichen liegen aber auch die Chancen für den Standort Aargau im interkantonalen und internationalen Wettbewerb. Der Aargau verfügt mit renommierten Forschungseinrichtungen, einem umfassenden Bildungsangebot und einer innovativen Wirtschaft über eine gute Ausgangslage, um im Wettbewerb um Fachkräfte, Forschung und Innovation mitzuhalten.

Eine robuste Wirtschaftsentwicklung schafft Arbeitsplätze, Einkommen und Steuereinnahmen, welche die Finanzierung der staatlichen Aufgaben ermöglichen.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die Prosperität der Aargauer Wirtschaft und insbesondere der ansässigen KMU mit attraktiven Standort-eigenschaften und einem wettbewerbsfähigen Steuerklima fördern.
- Die Förderung von Spitzentechnologien und Innovationen sind wichtige Grundlagen für ein langfristiges Wachstum der Aargauer Wirtschaft, weshalb der Regierungsrat den Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft weiter stärken will. Spitzentechnologien und Innovationen bedingen leistungsfähige Hochschulen und Forschungsstätten.
- Indem er die Innovation fördert, sichert der Regierungsrat die Standort- und Arbeitsplatzattraktivität für gut ausgebildete Aargauerinnen und Aargauer und unterstützt die Ansiedlung von Jungunternehmen.

Stossrichtungen

- Die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Fachkräften wird sichergestellt (vgl. Strategie «Qualität und Effizienz der Bildung steigern»).
- Die Steuerbelastung für Unternehmen, insbesondere auch für Jungunternehmen, und für natürliche Personen bleibt wettbewerbsfähig.
- Die Erreichbarkeit wird mit einer effizient abgewickelten Mobilität sichergestellt (vgl. Strategie «Lebensraum gestalten und Mobilität effizient bewältigen»).
- Die administrative Belastung für Unternehmen wird vermindert (vgl. auch Strategie «Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten»).
- Das Innovationsprogramm Hightech Aargau wird weitergeführt, und der PARK INNOVAARE wird etabliert. Der Technopark Aargau wird unterstützt. Mit dieser Innovationsförderung sollen die Möglichkeiten der sogenannten Vierten industriellen Revolution «Industrie 4.0» genutzt und die Transformation des Energiestandorts Aargau beschleunigt werden (vgl. auch Strategie «Die Energieversorgung langfristig sichern»).
- Die interkantonale und internationale Zusammenarbeit in Ausbildung und Forschung und für den Wissenstransfer wird unterstützt.

3. Den Herausforderungen des Arbeitsmarkts begegnen

Umfeldentwicklung

Die Arbeitslosigkeit im Kanton Aargau bewegt sich nach wie vor unter dem schweizerischen Durchschnitt. Der technologische Wandel und die fortschreitende Globalisierung führen jedoch zu einem Strukturwandel der Wirtschaft und verändern den Arbeitsmarkt. Wissensintensive Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung, während ausführende Aufgaben und vermehrt auch anspruchsvollere Tätigkeiten automatisiert oder ins Ausland ausgelagert werden. Dies führt zu einem höheren Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften. Gleichzeitig können insbesondere Geringqualifizierte tendenziell weniger auf Nischenarbeitsplätze mit tiefem Anforderungsprofil ausweichen. Die Zahl der schwer zu vermittelnden Stellensuchenden, teilweise mit ungenügender Ausbildung, nimmt zu (vgl. auch Strategie «Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken»).

Die Eingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt entlastet die sozialen Sicherungssysteme und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit fallbezogenen Unterstützungsmassnahmen aus einer Hand und der Bündelung aller Kräfte kann weiterhin eine hohe Arbeitsmarktintegration erreicht werden.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will einen möglichst hohen Bestand an inländischen Arbeitskräften sichern und gleichzeitig den dennoch erforderlichen Zuzug ausländischer Fachkräfte gewährleisten.
- Er will die schnelle und dauerhafte (Wieder-)Eingliederung von Stellensuchenden ermöglichen, insbesondere auch von über 50-Jährigen, Sozialhilfeempfangenden, Flüchtlingen oder vorläufig Aufgenommenen.

Stossrichtungen

- Für einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben werden den Stellensuchenden auf den Fall zugeschnittene Unterstützungsmassnahmen aus einer Hand geboten (Sozialdienste, Arbeitsvermittlung, Invalidenversicherung).
- Die Eingliederung von schwer zu vermittelnden Stellensuchenden wird mit Beschäftigungsprogrammen und unter Berücksichtigung ihrer Kompetenzen gefördert. Schwer zu vermittelnde Stellensuchende können Personen mit einer ungenügenden Ausbildung oder vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge sein.
- In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden wird darauf hingewirkt, dass der Absicht, ältere Arbeitnehmende zu beschäftigen beziehungsweise einzustellen, auch Taten folgen.
- Der Übergang von vorgelagerten Arbeitsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt für schwer zu vermittelnde Stellensuchende wird verbessert.
- Dank sinnvollen und verbindlichen Rahmenbedingungen stellt die Volksschule ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot bereit und fördert die Schülerinnen und Schüler in ihren persönlichen Stärken und Interessen. (vgl. Strategie «Qualität und Effizienz der Bildung steigern»).

4. Sicherheit gewährleisten und Polizeipräsenz erhöhen

Umfeldentwicklung

Der Kanton Aargau verfügt über eine hohe objektive Sicherheit, obschon der Kanton gemessen an seiner Bevölkerung über eine unterdurchschnittliche Polizeidichte verfügt. Die Kriminalitätsbelastung ist trotz der Bevölkerungszunahme in den meisten Bereichen rückläufig. Das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung ist hoch.

Dennoch muss sich auch der Kanton Aargau mehreren Herausforderungen stellen: Der Rückgang der sozialen Kontrolle infolge der voranschreitenden Individualisierung, die Urbanisierung mit mehr Menschenansammlungen, der anhaltende Migrationsdruck sowie die neue Bedrohungslage durch den Terrorismus haben die Sicherheitsrisiken in der Schweiz zum Teil markant verändert. Mit dem technischen Fortschritt gewinnen zudem neue Deliktformen wie Cyberkriminalität an Bedeutung. Die Verletzlichkeit der staatlichen Infrastrukturen und von Unternehmen nimmt zu. Naturbedingte Gefahren können infolge des Klimawandels ebenfalls zunehmen. Das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum im Aargau hat ausserdem einen Einfluss auf die quantitativen und qualitativen Arbeitsanforderungen der Polizei, der Strafverfolgungsbehörden, der Gerichte und der Migrationsbehörden.

Die Anpassung und Weiterentwicklung der Organisation und Infrastruktur der Sicherheitskräfte innerhalb des Sicherheitsverbunds Schweiz ermöglichen es, die Sicherheit weiterhin auf einem hohen Niveau zu gewährleisten.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat stellt die Durchsetzung der Rechtsordnung sicher. Die Einsatzplanung, die Arbeitsinstrumente und die Infrastruktur der Sicherheitskräfte werden

an die technischen und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst.

- Der Regierungsrat will die überdurchschnittlich hohe Aufklärungsquote in Strafsachen beibehalten und die Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten intensivieren.
- Er stellt die rechtzeitige Information der Bevölkerung und deren Schutz vor Gefahren und Bedrohungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes auch in ausserordentlichen Lagen sicher.

Stossrichtungen

- Die Polizeiresourcen werden in Richtung Prävention verlagert. Der mobile Einsatz der Polizeikräfte sowie der Kontroll- und Fahndungsdruck werden weiter erhöht.
- Die Reorganisation der Kantonspolizei und die neuen Polizeistützpunkte werden umgesetzt.
- Die Bildung von Kompetenzzentren und der Datenaustausch mit nationalen Partnern werden intensiviert, namentlich mit Fokus auf neue Bedrohungslagen und Technologien.
- Es werden Massnahmen zur Sicherheit der kantonalen Infrastruktur und Informationssysteme ergriffen.
- Es wird eine mit allen Partnern des Bevölkerungsschutzes abgesprochene Zivilschutzkonzeption umgesetzt und der Bevölkerungsschutz zeitgemäss weiterentwickelt.
- Die interkulturelle Zusammenarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement zur Eindämmung von Konfliktpotenzialen werden gefördert (vgl. Strategie «Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken»).

5. Qualität und Effizienz der Bildung steigern

Umfeldentwicklung

Ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung des Kantons Aargau verfügt über einen Berufs- oder Studienabschluss: Bei der beruflichen Grundbildung liegt der Aargau deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt, bei den Hochschulabschlüssen liegt er leicht darunter.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an die Schulbildung sind hoch und steigen weiter an. Am Ende der obligatorischen Schulzeit sollen alle Kinder über Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, die ihnen eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Schule ermöglichen. Die Schule hat zudem den Erwartungen an eine individualisierte Begabungsförderung gerecht zu werden und ist durch die wachsende Wertevielfalt herausgefordert. Auch von Seiten Wirtschaft und Forschung steigen die Ansprüche an Schülerinnen und Schüler (vgl. Strategie «Wertschöpfung ermöglichen und Innovation fördern»).

Infolge des technologischen Wandels und der Digitalisierung nehmen die Schnelllebigkeit von Information und die Informationsmenge zu. Dies erfordert entsprechende Kompetenzen im Umgang mit Informationen. In Zukunft wird neben dem Faktenwissen auch die Kompetenz zur Lösungsfindung wichtig sein. Deshalb sind vermehrt soziale und kommunikative Kompetenzen gefragt sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, lebenslang zu lernen.

Die neu harmonisierten Bildungsziele sowie ein wirkungsvoller und effizienter Einsatz der vorhandenen Mittel bilden die Basis, um auch in Zukunft ein qualitativ hohes Bildungsangebot bereitzustellen.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat strebt an, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler der Volksschule die in den Lehrplänen geforderten Lernziele erreichen.
- Aufbauend auf den Aargauer Stärken will er einen zeitgemässen Lehrplan, der auch die Harmonisierungsziele der Bundesverfassung berücksichtigt.
- Der Regierungsrat verfolgt einen wirkungsvollen und effizienten Einsatz der Mittel für die Bildung. Er stärkt die Handlungsfreiheit der Schulen vor Ort und schafft Anreize, damit diese die begrenzten Mittel auch im Sinne der Chancengerechtigkeit für eine möglichst hohe Bildungsqualität einsetzen.
- Die Führungsstrukturen ermöglichen eine schlanke und leistungsfähige Schulführung.
- Die räumlichen Strukturen im Bildungsbereich werden überprüft und gezielt verbessert.

Stossrichtungen

- Dank sinnvollen und verbindlichen Rahmenbedingungen stellt die Volksschule ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot bereit und fördert die Schülerinnen und Schüler in ihren persönlichen Stärken und Interessen.
- Der Aargauer Lehrplan für die Volksschule wird auf der Grundlage der von den Deutschschweizer Kantonen erarbeiteten Lehrplanvorlage erneuert.
- Die Instrumente für eine effiziente Ressourcenzuteilung werden weiterentwickelt. Erkenntnisse aus dem Schulversuch für eine neue Ressourcierung der Volksschule werden umgesetzt.
- Die Steuerung der Volksschule wird vereinfacht und die Aufgaben zwischen den verschiedenen Gremien geklärt.
- Mittelfristig werden Möglichkeiten geprüft, die Sonderschulquote zu reduzieren, bei den Berufsfachschulen vermehrt Kompetenzzentren zu bilden und die Schuldauer bis zur gymnasialen Matura zu verkürzen.

6. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Umfeldentwicklung

Breiter Wohlstand, bedarfsgerechte Sozialwerke und die Eingliederung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft fördern den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Grundlagen hierfür sind gemeinsam getragene und gepflegte kulturelle Normen und Werte. Diese kollektiven Werte entstehen im Austausch und in wichtigen Institutionen wie der Familie und der Schule, am Arbeitsplatz, in Kirchengemeinden oder religiösen Gemeinschaften, in Vereinen, im Sport oder an kulturellen Veranstaltungen.

Der Kanton Aargau ist wie andere Kantone auch von Entwicklungen betroffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt belasten. Der strukturelle Wandel der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, veränderte Familienformen und die höhere Lebenserwartung stellen neue Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme von Bund, Kanton und Gemeinden. Deren langfristige Finanzierung stellt eine grosse Herausforderung dar. Der Betreuungsbedarf für erwachsene Menschen mit einer Beeinträchtigung nimmt aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung zu. Die weltweiten Migrationsströme aus Konfliktregionen halten an und erfordern Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration der geflüchteten Personen.

Gleichzeitig wird der gesellschaftliche Zusammenhalt aufgrund des Wertewandels und des Nebeneinanders verschiedener Wertesysteme strapaziert. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen lösen Verunsicherung in der Bevölkerung aus, was Nährboden bietet für politische Instrumentalisierung und Polarisierung. Das Bedürfnis nach Orientierung wächst.

Der Kanton Aargau weist mit seinem ausgeprägten Mittelstand und einem vergleichsweise breit verteilten Wohlstand einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Seine grosse historische Erfahrung im Zusammenleben verschiedener Regionen und Kulturen hilft ihm, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ein reiches Kulturerbe und die kulturelle Vielfalt können dabei identitätsstiftend und integrierend wirken.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die langfristige Finanzierung der Sozialsysteme sicherstellen.
- Der Regierungsrat will, dass die aargauische Bevölkerung Zugang zu einem breiten und innovativen Kulturangebot hat. Die Bevölkerung soll zu eigenen künstlerischen Aktivitäten angeregt werden.
- Er will, dass Kultur und Sport identitätsbildend sind, und den Austausch zwischen der ansässigen Bevölkerung und Neuzugezogenen sowie zwischen den Generationen unterstützen.
- Der Regierungsrat will Betreuungsleistungen für Menschen mit einer Beeinträchtigung sicherstellen. Diese Leistungen orientieren sich an den Grundrechten und sollen langfristig finanzierbar sein.
- Er fördert die spezifische Integration von Ausländerinnen und Ausländern in die Regelstrukturen Schule oder Arbeit.

Stossrichtungen

- Damit die Belastung der Sozialsysteme tragbar bleibt, soll ein möglichst hoher Anteil der Bevölkerung befähigt sein, den Lebensunterhalt selber zu bestreiten (vgl. Strategie «Den Herausforderungen des Arbeitsmarkts begegnen»). Darüber hinaus setzt sich der Kanton Aargau beim Bund dafür ein, dass die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gewährleistet wird (vgl. auch Strategie «Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten»).
- Der Anstieg der Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV) wird durch präventive Massnahmen vermindert.
- Die Umsetzung sozialpolitischer Massnahmen im Kanton Aargau wird laufend auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft und entsprechend ausgerichtet.
- Die kantonale Kulturförderung leistet weiterhin einen Beitrag zur Identitätsbildung und zur Förderung des gesellschaftlichen Austausches. Die kulturelle Vielfalt und die Geschichte werden gepflegt und vermittelt. Die Vernetzung von kulturellen Institutionen und innovativen Angeboten wird gefördert.
- Die Selbstbestimmung und die Selbstständigkeit von Menschen mit einer Beeinträchtigung werden im Sinne der Grundrechte gestärkt. Dazu werden Massnahmen gefördert, mit denen die Aufenthalte in Heimen und Tagesstrukturen vermindert werden können, und es wird für die Betreuung erwachsener Personen eine Subjektfinanzierung eingeführt.
- Die spezifischen Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge werden mit dem kantonalen Integrationsprogramm weitergeführt. Dabei stehen die rasche Sprachförderung und der Zugang zum Arbeitsmarkt im Fokus. Es werden spezifische Angebote für den Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt geprüft.

7. Die Gesundheitsversorgung langfristig finanzierbar und bedarfsgerecht ausgestalten

Umfeldentwicklung

Die Schweiz und der Kanton Aargau verfügen über eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung. Das Gesundheitssystem steht aber auch vor Herausforderungen insbesondere bezüglich der Finanzierung.

Die Alterung der Bevölkerung führt zu einer erhöhten Nachfrage nach Versorgungsleistungen und damit auch zu einem wachsenden Bedarf an Gesundheitspersonal. Dies betrifft insbesondere die Pflege und die ärztliche Grundversorgung. Gleichzeitig nehmen mit der steigenden Lebenserwartung das Interesse an Gesundheitsinformationen und das Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung zu. Der medizinisch-technische Fortschritt ermöglicht neue Diagnosemöglichkeiten und Therapien, welche die Lebenserwartung erhöhen, jedoch auch kosten-treibend wirken können. Zudem verstärken Fehlanreize im Finanzierungssystem, eine hohe Spitaldichte und die Mengenausweitung zum Teil unnötiger Leistungsangebote die Kostenentwicklung.

All diese Aspekte führen zu einem kontinuierlichen Anstieg der Gesundheitskosten. Dies hat einerseits steigende Krankenkassenprämien zur Folge. Andererseits wird auch der Staatshaushalt über die Prämienverbilligung belastet. Der Kanton beteiligt sich zudem mit 55 Prozent an den Kosten von Spitalaufenthalten.

Der wachsende Kostendruck im Gesundheitswesen erfordert neue Ansätze. Dazu gehört insbesondere auch eine erhöhte Kosten- und Leistungstransparenz. Mit einer langfristig finanzierbaren und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung wird ein wesentlicher Beitrag zur individuellen Lebensqualität geleistet.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will das Kostenwachstum in der Gesundheitsversorgung dämpfen. Dazu will er die Kosten- und Leistungstransparenz im Gesundheitswesen erhöhen.
- Der Bevölkerung stehen bedarfsgerechte Versorgungsangebote zur Verfügung, und die Leistungen werden wirtschaftlich und in der notwendigen Qualität erbracht.
- Der Regierungsrat will durch eine bedarfsgerechte Prämienverbilligung sicherstellen, dass die Menschen im Kanton Aargau ihre Krankenkassenprämien bezahlen können.
- Er strebt an, dass die Menschen im Kanton Aargau zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit der eigenen Gesundheit befähigt sind.

Stossrichtungen

- Auf kantonaler, interkantonaler und nationaler Ebene werden in Zusammenarbeit mit den Kostenträgern Massnahmen umgesetzt, die zur Kostendämpfung beitragen (vgl. auch Strategie «Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten»).
- Eine transparente Darstellung der Einnahmen und Ausgaben im Gesundheitsbereich zeigt den Steuerzahlenden, wie viel die Gesundheitsversorgung kostet.
- Insgesamt gewährleistet die Spitalplanung im Kanton Aargau ein bedarfsgerechtes und wirtschaftliches Versorgungsangebot in der notwendigen Qualität. Um Kosten zu dämpfen, werden über die Spitalliste in spezialisierten und hochspezialisierten Fachgebieten Leistungen konzentriert angeboten.
- Durch eine Totalrevision des kantonalen Spitalgesetzes sollen der Handlungsspielraum und die Steuerungsmöglichkeiten des Kantons erweitert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Ressourcenverwendung optimiert werden.
- Hinsichtlich der kantonseigenen Spitäler schöpft der Kanton kurz- bis mittelfristig die bestehenden Möglichkeiten bei der Führung der Spitalaktiengesellschaften konsequent aus und erweitert die Steuerungsinstrumente im Rahmen der Eigentümerstrategie bei Bedarf.
- Gleichzeitig fordert er bei den akutsomatischen Spitälern Aarau und Baden Massnahmen zur Koordination, Konzentration und Synergienutzung im Sinne des geplanten Kompetenzzentrums Akutmedizin. Er überprüft die Wirksamkeit der Massnahmen insbesondere mit Blick auf die Erstellung der Spitalliste.
- Die Rollen des Kantons als Regulator, Gewährleister der Spitalversorgung und Betreiber eigener Spitäler werden überprüft und gegebenenfalls neu geregelt.
- Gesundheitskompetenz und Prävention werden gefördert, um eigenverantwortliches Handeln zu stärken.
- Integrierte Versorgungsmodelle, welche Leistungserbringer und Fachdisziplinen vernetzen, werden sowohl mit Blick auf ihre medizinischen als auch in Bezug auf ihre finanziellen Vorteile gefördert.

8. Lebensraum gestalten und Mobilität effizient bewältigen

Umfeldentwicklung

Der Aargau ist ein attraktiver Kanton, dies zeigen die Zuwanderung aus anderen Kantonen und das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum. Die Erreichbarkeit der umliegenden Wirtschaftszentren ist hoch. Bezahlbarer Wohnraum, attraktive Wohnquartiere und Arbeitsplätze sowie naturnahe Lebensräume und Erholungsgebiete in unmittelbarer Nähe zu den Siedlungen zählen zu den grossen Stärken des Kantons.

Das Bevölkerungswachstum führt zusammen mit den sich verändernden Familienformen, mit höheren Wohnansprüchen sowie der räumlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit zu weiterem Siedlungsdruck und zunehmender Mobilität. Der Strassenverkehr und der öffentliche Verkehr wachsen stark. Auch wenn Ansätze zu einem haushälterischen Umgang mit dem Boden erste Erfolge zeigen, steigt der Bodenverbrauch weiter an, während die landwirtschaftliche Nutzfläche abnimmt. Die Flächennutzungskonflikte nehmen zu.

Die Flächenansprüche von Siedlung, Verkehr, Energieerzeugung und Erholung und die damit einhergehenden Zerschneidungen beeinträchtigen die Landschaft und die Natur in ihrer Fläche und Qualität. Ausserdem bedrängen invasive Arten die einheimischen Pflanzen und Tiere. Auch die Belastungen durch Mikroverunreinigungen, Dünger, Stickstoff und Feinstaub bleiben hoch.

Hochstehende Siedlungsqualität und identitätsstiftende Lebensräume erfordern einen haushälterischen Umgang mit dem Boden, eine aktive Gestaltung der Siedlungen und der Landschaft sowie eine effizienten Bewältigung der steigenden Mobilität.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die Siedlungs-, Freiraum-, Landschafts-, Landwirtschafts- und Umweltqualitäten des Kantons erhalten und weiterentwickeln.
- Er fördert die Siedlungsentwicklung nach innen, um den Bevölkerungszuwachs flächenschonend aufzunehmen und gleichzeitig die räumlichen Qualitäten zu erhalten und wo möglich zu steigern. Der nichtbebaute Raum bleibt der Land- und Forstwirtschaft vorbehalten und dient auch als Natur- und Erholungsraum für die wachsende Bevölkerung.
- Er verfolgt eine räumlich differenziert ausgestaltete und mit der Siedlungsentwicklung abgestimmte Verkehrspolitik, damit die wachsende Mobilität bewältigt werden kann. Die langfristige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird sichergestellt.

Stossrichtungen

- Die Gestaltung und Nutzung des Raumes wird auf die zunehmende Dichte der Siedlungsräume abgestimmt.
- Die Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsverbänden und mit angrenzenden Regionen wird gestärkt (vgl. auch Strategie «Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten»).
- Mit der dritten Generation der Agglomerationsprogramme wird die koordinierte Betrachtung von Verkehr, Siedlungsentwicklung und Umweltauswirkungen weitergeführt.
- In städtischen und urbanen Gebieten werden die Mobilitätsbedürfnisse flächeneffizient abgewickelt. In ländlichen Gebieten steht eine gute Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz im Vordergrund. Dabei werden in ländlichen Gebieten beim öffentlichen Verkehr auch die Kriterien Nachfrage und Kostendeckung berücksichtigt.
- Die Transportketten im Personen- und Güterverkehr sind durchgehend und attraktiv.
- Die Wirtschaftlichkeit von Verkehrsinfrastrukturen wird über einen ganzen Lebenszyklus sichergestellt.
- Natur und Landschaft werden geschützt und gepflegt und zielgerichtet aufgewertet. Die Schutz- und Vernetzungsgebiete sowie die Gewässer werden zur Sicherung der Biodiversität und für die naturbezogene Erholung gefördert.
- Emissionen und Immissionen (Luftschadstoffen, Lärm, Licht) werden weiter reduziert. Als Ausgleich zu den durch menschliche Aktivitäten belasteten Gebieten werden intakte Landschafts- und Freiräume gesichert und entwickelt.

9. Die Energieversorgung langfristig sichern

Umfeldentwicklung

Mit seinen Energiebeteiligungen, der Energieproduktion und der Netzinfrastruktur im Kantonsgebiet leistet der Aargau einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz. Wasserkraft und Kernkraft produzieren heute im Kanton Aargau gut einen Viertel der gesamtschweizerischen Elektrizität. Als Energiekanton hat sich der Aargau überdies zu einem bedeutenden Netzwerk-Standort für global tätige Energie- und Elektronikunternehmen, spezialisierten KMU und Energieforschungsinstituten entwickelt.

Der Bund hat den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Deshalb und um langfristig fossile Energieträger ersetzen zu können, setzt die Energiestrategie 2050 des Bundesrats verstärkt auf die Energieeffizienz und die erneuerbare Stromproduktion zur Sicherstellung der Versorgung. Die Nutzung der Wasserkraft, neue Techniken für die umweltverträgliche Energieproduktion, für Energienetze und die Speicherung von Elektrizität gelten als Schlüsselfaktoren bei deren Umsetzung.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat stärkt den Energiekanton Aargau weiter und fördert Innovationen.
- Zusammen mit den Partnerkantonen will der Regierungsrat die Marktfähigkeit der Axpo Holding AG für die Zukunft sichern, und er will die Bedeutung der AEW Energie AG in den Bereichen Versorgungssicherheit und erneuerbare Energiegewinnung strategisch nutzen.
- Der Regierungsrat hält an der Wasserkraft fest und sichert die direkten und anteilig die indirekten Beteiligungen für die Zukunft.
- Er will den Energie- und Stromverbrauch pro Person senken.

Stossrichtungen

- Das Hightech Zentrum Aargau und der PARK INNOVAARE erfüllen ihre Vermittlungs-, Vernetzungs- und Koordinationsfunktionen bei der Entwicklung von intelligenten Lösungen im Energiebereich (vgl. auch Strategie «Wertschöpfung ermöglichen und Innovation fördern»).
- Die Energiebeteiligungen werden auf die Erfordernisse des Markts ausgerichtet. Auf Bundesebene werden Regulierungen unterstützt, welche die notwendigen Investitionen für die Versorgungssicherheit ermöglichen.
- Bei der Vergabe oder der Erneuerung von Konzessionen für die Wasserkraft wird das Niveau der Stromproduktion gehalten oder – unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der Ökologie – ausgebaut.
- Der Kanton Aargau gewährleistet mit seinen Beteiligungen und mittels Leistungsauftrag an die Netzbetreiber die Sicherung der öffentlichen Stromversorgung für den Kanton und die Schweiz.
- Der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoss des heutigen Gebäudebestands werden weiter reduziert. Die passive und aktive Energiegewinnung sowie der Einsatz erneuerbarer Energiequellen werden gestärkt.

10. Strukturen weiterentwickeln und Zusammenarbeit gestalten

Umfeldentwicklung

Die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft im Kanton Aargau kennt kaum noch eine Einschränkung durch natürliche oder territoriale Grenzen. Die funktionale Verflechtung der Aargauer Gemeindeflandschaft nimmt weiter zu. Kernstädte verschmelzen mit ihrem Umland. Die Aargauerinnen und Aargauer orientieren sich verstärkt an ausserkantonalen Zentren. Als Grenzkanton profitiert der Aargau von vielfältigen Wechselbeziehungen zu Deutschland beziehungsweise zur Europäischen Union.

Die Aargauer Gemeinden erbringen gemessen an den Nettoausgaben von Kanton und Gemeinden rund einen Drittel der öffentlichen Leistungen im Kanton. Diese Bürgernähe fördert die bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung. Vor allem kleinere Gemeinwesen stossen aber an ihre Leistungsgrenze. Die Gemeinden arbeiten deshalb in wichtigen Aufgabenbereichen wie beispielsweise in der Bildung, in der Raumordnung, bei der Sicherheit oder der Gesundheitsversorgung vermehrt zusammen. Diese Entwicklungen erfordern bei der Aufgabenerfüllung auf kommunaler und kantonaler Ebene eine verstärkte Ausrichtung an funktionalen Räumen.

Der Wettbewerb zwischen den Kantonen und dem grenznahen Ausland um Standortqualitäten ist intensiv und fördert innovative Lösungen. Gleichzeitig führt die zunehmende Zentralisierung der Gesetzgebung auf Bundesebene zu einem Verlust an Handlungsfähigkeit in den Kantonen. Zur Wahrung der Interessen des Kantons Aargau muss deshalb die kantonale und interkantonale Interessenvertretung gegenüber dem Bund früher und intensiver einsetzen.

Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist für eine leistungsfähige und räumlich konzentrierte Aufgabenerfüllung zentral. Kooperative Lösungen schaffen Synergien und schonen Ressourcen.

Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat bringt die Interessen des Kantons konsequent in der Zusammenarbeit auf allen Ebenen ein und fördert neue kooperative Lösungen für eine effiziente und effektive Erfüllung der staatlichen Aufgaben.
- Er verstärkt die Einflussnahme auf die Bundespolitik im Hinblick auf eine vollzugsstarke und kostensparende Gesetzgebung und nutzt dabei die Strukturen des föderalen Systems der Kantone und Landesregionen.
- Der Regierungsrat setzt auf starke Gemeinden mit grosser rechtlicher, politischer und ökonomischer Autonomie. Er orientiert sich bei der Aufgabenteilung an den Grundsätzen der Subsidiarität und fiskalischen Äquivalenz.

Stossrichtungen

- Der Kanton bringt sich frühzeitig in jene Geschäfte des Bundes ein, die den Kanton Aargau betreffen.
- In der Zusammenarbeit erfolgt die Auswahl der Partner stets im Hinblick auf die wirkungsvollste gemeinsame Lösung.
- Unter Berücksichtigung aller massgebenden Aspekte werden Vorstellungen erarbeitet, wie sich die Gemeindefortschritt und die regionalen Verbundaufgaben weiterentwickeln sollen. Der Abbau von Disparitäten zwischen den Gemeinden und Regionen über den Finanzausgleich erfolgt mit Augenmass. Auf kommunaler Ebene sollen Anreize zur Prüfung von Gemeindezusammenschlüssen bestehen.
- Der Kanton erarbeitet eine Strategie für eine zukunftsfähige räumliche Struktur der von ihm finanzierten oder mitfinanzierten Leistungen.
- Die administrative Belastung für die Unternehmen, die Bevölkerung und die Gemeinden wird vermindert.
- Der Kanton erweitert sein elektronisches Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und die Wirtschaft.
- Im Gesetzgebungsprozess wird eine möglichst tiefe Regulierungsdichte verfolgt, damit der Handlungsspielraum für alle Gemeinwesen, die Wirtschaft und die Bevölkerung im Kanton erhalten bleibt.

Finanzielle Langfristperspektive

Erstmals wird das Entwicklungsleitbild mit einer finanziellen Langfristperspektive ergänzt. Anders als bei der vierjährigen rollenden Finanzplanung handelt es sich bei der Langfristperspektive um eine Abschätzung der Aufwand- und Ertragsentwicklung bis ins Jahr 2026. Diese Perspektive ergibt sich primär aufgrund von demografischen und volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren. Dabei sind noch keine aufwandmindernde oder ertragssteigernde Stossrichtungen berücksichtigt.

Die finanzielle Langfristperspektive zeigt anhand der Aufwand- und Ertragsentwicklung für den Kanton eine Finanzierungslücke von bis zu 250 Millionen Franken jährlich.

Aktualisierung der finanziellen Ausgangslage 2018–2020

Der Finanzhaushalt hat sich trotz dreier Entlastungsprogramme seit 2014 nicht stabilisiert. Die vom Grossen Rat im Dezember 2016 genehmigten Planjahre 2018 bis 2020 des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2017–2020 weisen ein Defizit von 40 bis 46 Millionen Franken aus.

Aktualisierte Schätzungen von Aufwand und Ertrag erhöhen die Finanzierungslücke in den Planjahren 2018 bis 2020 massiv auf 161 bis 256 Millionen Franken. Dafür verantwortlich sind nach den bereits bestehenden Defiziten notwendige Korrekturen bei der Steuerprognose sowie erneut stark über den bisherigen Erwartungen liegende Gesundheitskosten. Zudem führen die Aktualisierungen in weiteren Aufgabenbereichen zu zusätzlichen Belastungen. Auch zu berücksichtigen ist, dass die Sanierungsmassnahmen 2018 im AFP 2017–2020 erst pauschal und ohne konkrete Massnahmen mit einem Entlastungsziel von 50, 70 und 80 Millionen Franken in den Jahren 2018 bis 2020 enthalten sind. Die untenstehende Übersicht zeigt die Summe der Aktualisierungen und die aktualisierte Finanzierungslücke mit Stand Mai 2017.

Aktualisierung Finanzierungslücke 2018 bis 2020, Stand Mai 2017

| Millionen Franken | Plan 2018 | Plan 2019 | Plan 2020 |
|--|-----------|-----------|-----------|
| Defizite Planjahre AFP 2017–2020 nach Beschluss Grosser Rat | –41 | –40 | –46 |
| Aktualisierung aus Budgetprozess | –120 | –140 | –210 |
| Finanzierungslücke 2018–2020 | –161 | –180 | –256 |

Perspektive für die Jahre 2021 bis 2026

Für den weiteren Ausblick auf die Jahre ab 2021 wurden je Aufgabenbereich verschiedene Einflussfaktoren berücksichtigt.

Die langfristigen Einflussfaktoren stammen für die Demografie aus der kantonalen Bevölkerungsstatistik und für die volkswirtschaftlichen Annahmen vom Bund und von bekannten Prognoseinstitutionen (Stand Mai 2017).

Langfristige Einflussfaktoren 2021 bis 2026, Stand Mai 2017

| | | |
|----------------------------|--|-----------|
| Teuerung | | 1,0 % |
| Wachstum | Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) | 1,8 % |
| | Nominales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) | 2,8 % |
| Demografische Entwicklung | Bevölkerungswachstum generell | 1,1 % |
| | Altersgruppe 65–100-Jährige | 3,5 % |
| | Altersgruppe Schülerinnen / Schüler, je nach Jahr | 0,2–1,7 % |
| Spezielle Einflussfaktoren | Prämienverbilligungen | 5,3 % |
| | weitere Bereiche wie Verkehr, Spitalfinanzierung, Ergänzungsleistungen | diverse |

Auch wenn die Ergebnisse Unschärfen enthalten und durch neue Entwicklungen Änderungen erfahren werden, ist eine klare

Trendentwicklung des Staatshaushalts in der Langfristperspektive ersichtlich.

Entwicklung von Aufwand und Ertrag

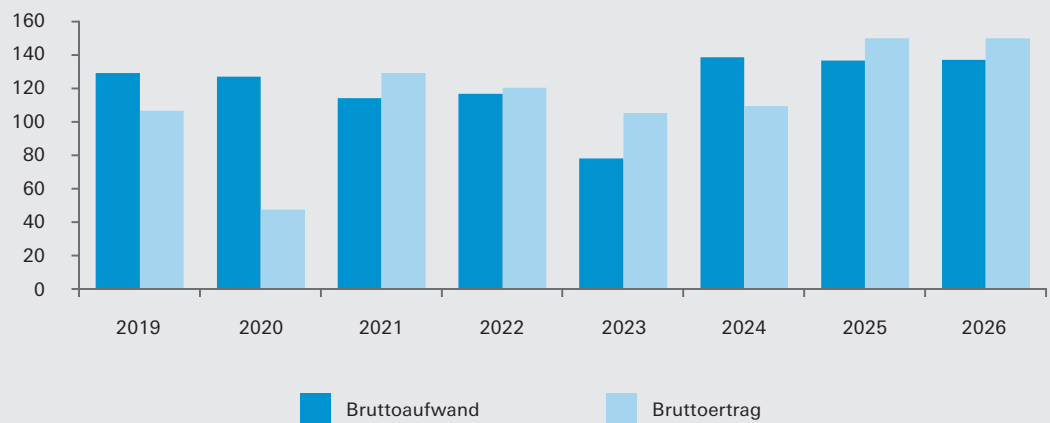
Bis 2026 wächst der Aufwand um rund 980 Millionen Franken beziehungsweise um 18 Prozent. Damit beträgt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 1,8 Prozent, was unter dem wirtschaftlichen Wachstum (nominales Bruttoinlandsprodukt BIP) liegt. In den einzelnen Jahren schwankt die Aufwandsteigerung zwischen 1,3 und 2,3 Prozent.

Die vier Aufgabenbereiche mit dem höchsten absoluten Aufwandwachstum bis 2026 sind die Bereiche «Gesundheit», «Volkschule», «Verkehrsangebot» und «Sozialversicherungen». Im Gesundheitsbereich ist dies vor allem auf das Aufwandwachstum in der Spitalfinanzierung und bei den Prämienverbilligungen zurückzuführen. Der Aufwand im Bildungsbereich entwickelt sich parallel zum Schülerwachstum. Das Verkehrsangebot wächst aufgrund der angenommenen Verkehrsentwicklung stark. Im Bereich der Sozialversicherungen steigen die Ergänzungsleistungen AHV/IV in den nächsten Jahren deutlich an.

Bis 2026 wachsen die Steuererträge und weiteren Erträge insgesamt um 930 Millionen Franken beziehungsweise um 17 Prozent. Damit beträgt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 1,8 Prozent, was ebenfalls unter dem wirtschaftlichen Wachstum (nominales Bruttoinlandsprodukt BIP) liegt. In den einzelnen Jahren schwankt die Ertragssteigerung zwischen 0,9 und 2,5 Prozent. Das geringe Wachstum von 0,9 Prozent im Jahr 2020 ist auf um 23 Millionen Franken tiefere Wasserzinseinnahmen zurückzuführen.

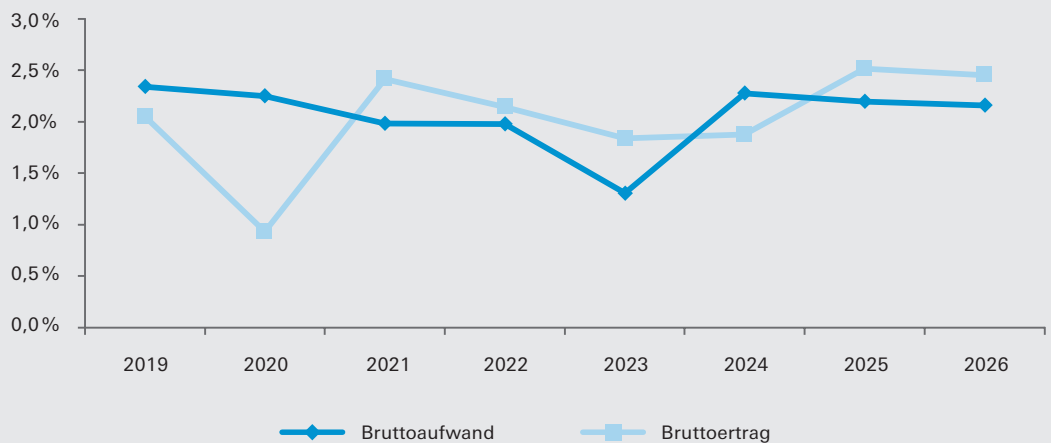
Sämtliche Steuererträge des Kantons inklusive die Anteile an den Bundessteuern wachsen bis 2026 um 613 Millionen Franken beziehungsweise um 25 Prozent, was einem jährlichen Wachstum von 2,5 Prozent entspricht. Die Erträge des Kantons aus dem nationalen Finanzausgleich NFA steigen bis 2026 moderat um 14 Millionen Franken an. Dabei berücksichtigt sind die erwarteten Anpassungen des nationalen Finanzausgleichs sowie die Entwicklung des Ressourcenpotenzials des Kantons Aargau.

Veränderung in Millionen Franken von Bruttoaufwand und Bruttoertrag gegenüber dem Vorjahr



Stand Mai 2017

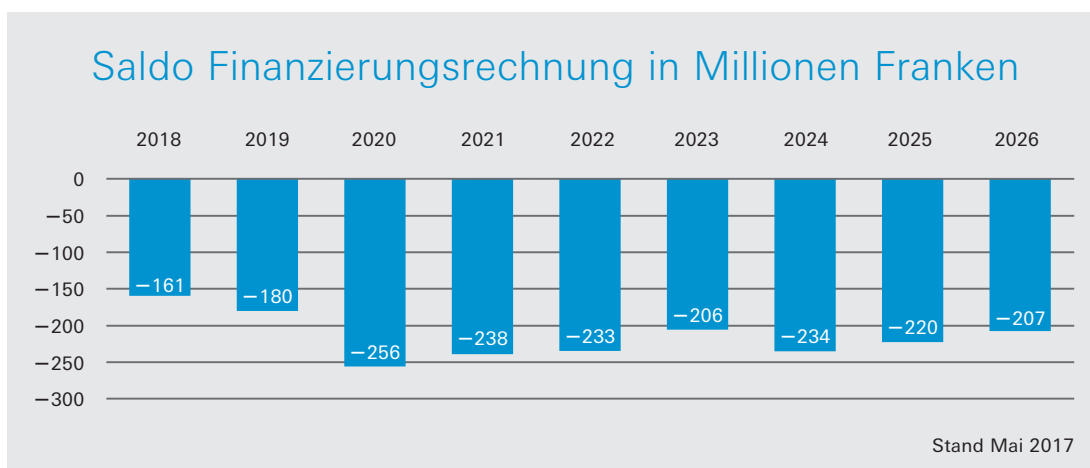
Veränderung in Prozent von Bruttoaufwand und Bruttoertrag gegenüber dem Vorjahr



Stand Mai 2017

Entwicklung der Finanzierungslücke

In den Planjahren 2018 bis 2020 erhöht sich die Finanzierungslücke massiv auf 161 bis 256 Millionen Franken. Die Perspektive für den kantonalen Finanzhaushalt ab 2021 zeigt jährliche Finanzierungslücken in der Bandbreite von 206 bis 238 Millionen Franken pro Jahr.



Sanierung des Finanzhaushalts

Der Regierungsrat hat im Entwicklungsleitbild 2017–2026 verschiedene Stossrichtungen aufgezeigt, mit denen die Sanierung des Finanzhaushalts über die ganze Periode des Entwicklungsleitbilds erreicht werden soll. Wichtige Stossrichtungen hat der Regierungsrat in Form von Reformvorhaben konkretisiert. Die Umsetzung dieser Reformen erfolgt im Rahmen des Projekts «Gesamt-sicht Haushaltsanierung».

